

Die Streikwelle wächst

Wirkung der Lohnprämien-Verordnung — Eine Mahnung der Regierung

Die Zahl der Streiks, die infolge der Durchführung der Lohnprämien-Verordnung der Reichsregierung erfolgen, hat vor dem 1. Oktober beträchtlich zugenommen. Wir notieren ganz kurz:

Hamburg, 1. Oktober. Einem in vergangener Nacht gestrichelten Streikbeschluss der Arbeitnehmer der in der Hamburger Hochbahn A.-G. zusammengefassten Verkehrsmittel ist heute früh Folge geleistet worden, so daß der Verkehr auf den Hamburger Straßenbahnen, Hochbahn und den Kistenbahnen vollständig ruht.

mit. Berlin, 1. Oktober. Im Tarifstreit des Hamburger Verkehrsgewerbes hat der Reichsarbeitsminister die Tarifparteien zu Nachverhandlungen über den Lohn- und Arbeitszeitverhältnis vom 20. 9., der eine Arbeitszeitverkürzung von 48 auf 45 Stunden und eine Lohnsenkung von 5 Prozent vorsieht, auf Montag den 3. Oktober, nachmittags 2 Uhr, in das Reichsarbeitsministerium eingeladen.

mit. Berlin, 1. Oktober (E. M.) Der im Möbeltransportgewerbe bestehende Tarifkonflikt hat zu einem Streikbeschluss der Arbeitnehmer geführt. Die Arbeitseinstellung ist heute erfolgt.

Berlin, 1. Oktober. Die Belegschaft der Restaurationsbetriebe Kempinski, hat mit starker Mehrheit beschlossen, in den Streik zu treten.

Die Reichsregierung läßt demgegenüber eine Erklärung verbreiten, in der es heißt: „Die Reichsregierung gibt ihren Wirtschaftseplan und die — nur für die Uebergangszeit be-

stimmte — Verordnung nicht preis. Sie erwartet einen Ausbau der Arbeitslosigkeit und einen Aufbau der Belegschaften. Es ist anzunehmen, daß der gewalttätige Widerstand gegen Grund und Zweck der Verordnung an dem Verhandlungswillen der Betriebe und ihrer Belegschaften scheitern wird. — Vom 1. Oktober an kann für die Einstellung von Arbeitslosen auch die Anwartschaft auf die Beschäftigungsprämie in Form von Steuergutscheinen erworben werden. Von dem Zusammenwirken aller Maßnahmen erwartet die Reichsregierung eine Verbesserung des Arbeitsmarktes; sie wird, wenn die Erwartung sich erfüllt, die Unterstützungsgelder in der Arbeitslosenhilfe für die rauhe Jahreszeit erhöhen.“

Nach den bisherigen Meldungen der Schlichter sind auf Grund der Lohnprämien-Verordnung 16 000 Arbeitnehmer neu eingestellt worden.

Kündigung des Lohntarifs für die sächs. Papierindustrie

Der Arbeitgeberverband der Deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoff-Industrie Gruppe Sachsen (E. V.) hat den Gewerkschaften den 3. J. geltenden Lohnvertrag zum 31. 10. 1932 mit der Forderung auf weitere Lohnherabsetzungen genehmigt. Das Ausmaß der Forderungen wurde noch nicht bekanntgegeben, soll aber in den nächsten Tagen erfolgen.

Als Grund für die Kündigung wird angegeben, daß die bisher erfolgten Lohnsenkungen, den für unbedingt notwendig erachteten Lohnniveaus nicht in ausreichendem Umfange gebracht haben. Die Lohnsummen seit Anfang 1931 betragen in dieser Industrie mehr als 26 Prozent.

Frischfleischverbilligung als Winterhilfe

mit. Berlin, 1. Oktober. Die von der Reichsregierung beschlossene Frischfleischverbilligung für den bisherigen Kreis von Arbeitslosen und sonstigen Hilfsbedürftigen sieht eine Verbilligung von 2 Pfund frischem Rind- oder Schweinefleisch je Monat um 20 Pf. je Pfund vor.

Der erste Bezugsschein mit 3 Abschnitten für je 1 Pfund Frischfleisch wird, soweit es sich bei den Ausgabestellen (Arbeitsämtern und Fürsorgebehörden) irgend ermöglichen läßt, Mitte Oktober mit der Weisung zur Aufgabe gelangen, daß der erste Abschnitt bis zum 12. November, die beiden übrigen Abschnitte für den ganzen Monat November Gültigkeit haben.

Bayerische Volkspartei und Wirtschaftsprogramm

München, 30. September. (E. M.)

Eine gemeinsame Sitzung der Industrie, Handels- und Bankvertreter des Wirtschaftsausschusses der Bayerischen Volkspartei beschäftigte sich mit den Notverordnungen der Regierung von Bayern. In den Referaten wie in der Aussprache wurde übereinstimmend festgestellt, daß der wirtschaftspolitische Teil des Regierungsprogramms unbeschadet aller objektiven und zum Teil sehr starken Bedenken als feststehende Tatsache betrachtet werden muß, auf der die Wirtschaft tatkräftig aufbauen kann. Der Wirtschaftsausschuß fordert die Einschaltung auch der süddeutschen Wirtschaftskreise in die von der Reichsregierung verordnete Aufbaubarbeit zur Überwindung der Wirtschaftskrise, er fordert weiterhin, daß die Reichsregierung die Erleichterungen und Vergünstigungen in ausreichendem Maße auch der schwermittleren mittelständischen Wirtschaft zugute kommen lasse.

Zusammenschluß der Mitte ge scheitert

Berlin, 30. September. (E. M.)

Die Reichsoberprüfstelle der Deutschen Staatspartei teilt mit: Bei einer erneuten Zusammenkunft von Vertretern der Mittelparteien zu dem Zweck eines Zusammenschlusses der Mitte für die Reichstagswahl erklärte der Vertreter der Deutschen Volkspartei, daß seine Partei eine Verbindung mit Hugenberg so gut wie abgeschlossen habe und infolgedessen für sie kein Interesse mehr für ein Zusammengehen der Mitte bestehe. Der Christlich-sozialen Volksdienst hatte mitteilen lassen, daß seine Organisation eine Verbindung mit anderen Gruppen abgelehnt hätte.

Ein Zusammenschluß der alten politischen Gruppen liberaler und konservativer Prägung ist also auch diesmal gescheitert. Da mit dem Auftreten einer neuen Präzisionspartei zu rechnen ist, dürfte die Zersplitterung der „rechten Mitte“ diesmal noch hoffnungsloser sein als vor der letzten Wahl.

Suche nach dem besten Weg

England möchte zwischen Frankreich und Deutschland vermitteln

London, 1. Oktober. Der Premierminister hat gestern abend London verlassen, um sich im Norden Englands vor dem Zusammenritt des Parlaments einige Tage der Ruhe zu gönnen. Am Nachmittag hielt MacDonald noch eine Kabinettsitzung ab, in der, wie der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph wissen will, u. a. auch die deutsch-französische Meinungsverschiedenheit in der Abrüstungsfrage besprochen worden sei. In Kabinettsitzungen herrsche so berichtet der Korrespondent weiter, ziemlich einhellig die Ansicht, daß bald ein neuer Versuch unternommen werden sollte, die gegenwärtige Stockung zu beenden.

und daß ein solcher Schritt nur von England unternommen werden könne. Ueber den besten Weg herrsche jedoch keineswegs Klarheit, und die Erfolgsaussichten dürften im Augenblick jedenfalls gering sein.

Roheitsakt zweier halbwüchsiger Burschen

Staatsanwaltschaftsrat Hötz vor dem Jugendgericht angefaßt.

mit. Berlin, 1. Oktober. Als Staatsanwaltschaftsrat Hötz heute früh das Jugendgericht in der Stralauer Straße betreten wollte, wurde er von zwei jungen Burschen angetroffen. Während ihm der eine einen Fauststoß gegen den Oberkörper versetzte, gab ihm der andere gleichzeitig einen heftigen Faustschlag gegen den Kopf. Darauf stürzten beide und konnten unverletzt entkommen.

Staatsanwaltschaftsrat Hötz ist seit Jahren am Jugendgericht tätig und erfreut sich wegen seiner humanen Art allgemeiner Beliebtheit.

Geheimrat Louis Hagen †

Köln, 1. Oktober. Geheimrat Dr. h. c. Louis Hagen ist am Sonnabend morgen 7 Uhr im 78. Lebensjahre verstorben.

Louis Hagen wurde 1856 als Sohn eines Bankiers in Köln geboren. Seit dem Jahre 1873 ist er in dem von seinem Großvater gegründeten Kölner Bankhaus Levy, Köln, tätig, wo er bereits mit 22 1/2 Jahren mit verantwortlicher Inhaberschaft wurde. Wie hoch man sein Wirken um die Entwicklung der rheinischen und deutschen Wirtschaft schätzte, davon zeugen die zahlreichen Ehrenämter und die vielen Berufungen in große Körperlichkeiten, denen er seine vielseitigen Kenntnisse und reichen Erfahrungen zur Verfügung stellte. Seine weit über Deutschlands Grenzen hinausgehenden internationalen wirtschaftlichen Beziehungen führten gleich nach dem Eintritt Deutschlands in die internationale Handelskommission zu seiner Wahl in deren Vorstand. Dem Generalrat der Reichsbank gehörte er seit dessen Gründung an. Als Vertreter der Zentrumspartei ist er Mitglied des preussischen Staatsrates. Als eifriger Förderer von Kunst und Wissenschaft zeichneten ihm mehrere Hochschulen durch Verleihung des Ehrendoktors aus.

Tumult im Wiener Gemeinderat

mit. Wien, 1. Oktober. In der Freitag-Sitzung des Gemeinderats erklärte der nationalsozialistische Gemeinderat Franz Josef mit Bezug auf die Sozialdemokraten, daß die Nationalsozialisten nicht in der Lage seien, mit Vertretern von Messerschmid und Bagambauer zusammenzutreten. Diese Erklärung rief lebhafteste Entrüstungsrufe bei den Sozialdemokraten hervor. Die Nationalsozialisten verließen unter Heißhitzer-Rufen den Saal. An der Ausgangstür kam es zu einem Handgemenge. Es wurden Intenstücker, Schubladen und Stühle geworfen. Der Bürgermeister unterbrach die Sitzung, die später wieder aufgenommen wurde.

Bei den Tumulten wurden drei Sozialdemokraten leicht und vier nationalsozialistische Gemeinderäte erheblich verletzt, unter letzteren der Gauleiter der Nationalsozialistischen Frauenfeld.

Den Anlaß zu diesem Zusammenstoß bildete die Aussprache über die Zwischenfälle, die sich anlässlich des nationalsozialistischen Gantages in Wien ereignet haben. Bei diesen Zwischenfällen sind insgesamt 23 Personen verletzt worden.

Staatsrat Dr. Weber thür. Landesparlamentarier

mit. Weimar, 1. Oktober. Das thüringische Kabinett beschloß, Staatsrat Dr. Weber als Landesparlamentarier einzusetzen. Er soll anhand des Gutachtens des Reichsparlamentarier nachmalig feststellen, welche Ersparnismöglichkeiten in der thüringischen Landesverwaltung noch bestehen.

Glückwunschtelegramm Thüringens an den Reichspräsidenten

mit. Weimar, 1. Oktober. Das thüringische Staatsministerium hat an den Reichspräsidenten zu seinem 85. Geburtstag ein in herzlichen Worten gehaltenes Glückwunschtelegramm gerichtet.

* Glückwunschtelegramm der preussischen nationalsozialistischen Landtagsfraktion an Hindenburg. Die Landtagsfraktion

Wann bekommt Oesterreich sein Geld?

Der Finanzausschuß des Völkerbundes über die Finanzlage Oesterreichs.

Der ständige Finanzausschuß des Völkerbundes gibt einen an den Völkerbundrat gerichteten Bericht über die gesamte Finanzlage Oesterreichs und die Verhandlungen der letzten Tage mit dem österreichischen Finanzminister Weidenböcker und dem Präsidenten der österreichischen Nationalbank, Kleinböck, bekannt. Der Bericht stellt ausdrücklich eine wesentliche Besserung der Haushaltslage fest. Eine weitere Erhöhung der inneren Schulden müsse unbedingt vermieden werden. Für den Staatshaushalt von 1933 habe die österreichische Regierung erklärt, daß dem Parlament unter keinen Umständen ein Staatshaushalt einschließlich der Bundesbahnen vorgelegt würde, der nicht im Gleichgewicht sei. Weniger günstig wird dagegen die Lage der österreichischen Bundesbahnen dargestellt. Ein weitgehendes Programm der Ausgaben-Verabfolgung müsse sofort in Angriff

v. Neurath beim Reichspräsidenten

mit. Berlin, 1. Oktober. Der Herr Reichspräsident empfing heute den Reichsminister des Auswärtigen Freiherrn von Neurath zum Vortrag über die Genfer Verhandlungen.

Der Nationalsozialisten hat folgendes Telegramm an den Reichspräsidenten geschickt: Dem Generalsekretär des großen Krieges herzlichste Glückwünsche und die Bitte: Mit Adolf Hitler für ein starkes Preußen und Deutschland. Gott segne Sie! Die nationalsozialistische Fraktion des Preussischen Landtags, Wilhelm Kube.

Räufelhafte Schüsse auf Dresdner Straßenbahnen

Ein leichtsinniger Oberrealist der Täter.

Dresden, 1. Oktober.

Am 1. Oktober gegen 8 Uhr vormittags ging beim Kriminalamt Dresden die fernmündliche Mitteilung ein, daß in der Sachsenallee drei nach dem Eisenplan zu fahrende Straßenbahnen beschossen worden seien.

Weitere Feststellungen ergaben, daß an den Linien 26 und 3 durch die Geschosse zwei Fenster Scheiben zertrümmert worden waren, während in einem Straßenbahnwagen der Linie 16 ein auf dem Hinterpetron stehender Mann durch ein Geschoss am Unterarm getroffen worden war. Außerdem war noch ein anderer Mann, der an der Straßenbahnhaltestelle Sachsenplatz gestanden hatte, durch einen Schuß in den Unterleib verletzt worden. In beiden Fällen handelt es sich nur um ganz leichte Verletzungen. Aus den vorgefundenen Geschossen konnte zunächst nur geschlossen werden, daß die Schüsse aus einem Luftgewehr abgegeben worden waren. Von dem Täter fehlte jede Spur. Umfangreiche Erörterungen und Durchsuchungen der Kriminalpolizei brachten schließlich Klärung in die Angelegenheit. Als Täter wurde ein 16jähriger Oberrealschüler, der in der Sachsenallee wohnt, ermittelt. Nach seinem Geständnis hat er in äußerst leichtsinniger Weise mit seinem Luftgewehr aus dem offenkundigen Fenster nach dem Bahndamm geschossen.

Aus der Zentrumspartei

Bezirkskonferenz Dresden.

Der Bezirk Dresden der Sächsischen Zentrumspartei, der das Gebiet der Kreishauptmannschaft Dresden umfaßt, hält am Sonntag, 9. Oktober, nach 3 Uhr im Kolpinghaus Dresden, Käufferstr. 4, eine Bezirksstagung ab. Alle Ortsgruppen müssen zu dieser Tagung Vertreter entsenden! Außerdem sind sämtliche Vertrauensmänner aus solchen Orten, in denen noch keine Zentrumsparteiorganisation besteht, um Teilnahme an der Tagung gebeten, ferner alle Herren, die sich als Redner für die Tagung gemeldet haben, um Teilnahme an der Tagung gebeten.

Der Bezirkskongress wird den Beschlüssen der Tagung für den Bezirk Dresden endgültig festsetzen. Es ist zweckmäßig, daß die Ortsgruppen schon vorher Versammlungen festsetzen, in jedem dieser Fälle ist Rücksicht notwendig auf Dr. Deszyk, Dresden, Köckerstr. 17, der Redner für die Versammlungen vermittelt. Auch für die sonstige Wahlpropaganda werden in der Bezirksversammlung Richtlinien gegeben. Teilnahme aller Ortsgruppen und Vertrauensleute ist daher unbedingt notwendig!

* Freiherr von Bersner in Darmstadt. Der Vertreter der Reichsregierung bei den Regierungen der Länder Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden und Hessen, Freiherr von Bersner, hat bei der hiesigen Regierung seinen Eintrittsbesuch gemacht. Aus diesem Anlaß fand eine Besprechung mit dem Gesamtministerium statt.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Witterungsaussehen: Zeitweise aufziehende Winde aus Süd bis West. Nur vorübergehend starke Bewölkung. Dertlich Nebel. Temperaturverhältnisse wenig geändert. Gewitterneigung, sonst höchstens leichte Niederschläge.



Der frühere österreichische Botschafter und Innenminister Vinzenz Schumpay wird als Nachfolger des bisherigen österreichischen Gesandten in Berlin, Dr. Frank, genannt, der demnächst von seinem Posten scheiden soll.

Rückumlauf

Der G... hat sich...
MILL. RM.
vermindert
ranger als
Vergleichs
MILL. RM.
sich auf 2
RM., der
MILL. RM.
Der G...
ringerte si
MILL. RM.
1931. Bei
einem Ab
trag der
monat, wa
Nettozuga
Der C...
gatione
gegen 2600
August 193
gegenüber
rend im V
auf 32,9 M
bzw. 1,5 B
6,8 MILL. R
Im Ne
bzw. 12,56
fand wir
auf 2723,8

Drese

Anhalten it
Kilometer

Deutsch

6DL, Wrb. Aal.
7 DL, Reichsant
8 5. Staats-Anl.
8 Landeskultu
Anl.-Schuld m.
do. ohne Ausl
4 D. Schutz-/

Schuld

5 A. Dresd. Odr.
6 Gph.
8 4/2 do.
8 4/2 do.
7 1/2 do.
6 1/2 do.
5 1/2 do.
8 Kreditanst. S.
Geme. Goldre
7 1/2 do.
8 1/2 do.
8 1/2 do.
8 1/2 do.
8 1/2 do.
7 Landw. sch. Op
6 do.

Aufle

Stahl
Mess
Refor
Kinde
Unter